

MIGRATION UND BEVÖLKERUNG

NEWSLETTER

Ausgabe 4
April 2011

Europa: Kontroverse über Umgang mit Boatpeople

Die undokumentierte Migration auf dem Seeweg nach Lampedusa (Italien) und Malta hält weiter an. Uneinigkeit herrscht über den Umgang mit den Boatpeople. So ist etwa die Ausstellung befristeter Aufenthaltserlaubnisse durch die italienischen Behörden Anfang April in anderen EU-Staaten auf heftige Kritik gestoßen. Am 6. April kenterte ein Flüchtlingsboot auf dem Weg von Libyen nach Lampedusa. Dabei kamen etwa 250 Menschen ums Leben.

Hintergrund der anhaltenden Migration auf dem Seeweg sind die weiterhin instabile politische Lage in Tunesien sowie die gewaltsamen Auseinandersetzungen in Libyen (vgl. MuB 3/11, 2/11). Beide Staaten hatten in der Vergangenheit mit der Europäischen Union sowie einzelnen EU-Mitgliedstaaten, allen voran Italien, bei der Bekämpfung irregulärer Migration kooperiert (vgl. MuB 10/10, 8/04). Die tunesische Übergangsregierung hatte die Rückübernahme- und Kooperationsabkommen im Grenzschutz zunächst nicht weitergeführt, sodass tausende Migranten die Chance zur Ausreise auf dem Seeweg nutzten.

Im Fall Libyens haben zunächst die Bürgerkriegszustände, dann der wachsende politische Druck des Westens auf das Regime von Muammar al Gaddafi

und schließlich die militärische Intervention von UNO bzw. NATO dazu geführt, dass die Abkommen im Migrationsbereich von der libyschen Seite ausgesetzt wurden.

Vor allem die italienische Mittelmeerinsel Lampedusa, die etwa auf halber Strecke zwischen der tunesischen Küste und Sizilien liegt, hat sich zum Hauptziel der Boatpeople entwickelt. Seit dem Sturz des tunesischen Präsidenten Zine El Abidine Ben Ali Mitte Januar sind auf der Insel schätzungsweise 20.000 bis 25.000 Migranten angekommen. Der Großteil von ihnen kam aus Tunesien, zunehmend sind jedoch auch libysche Staatsbürger sowie Migranten aus Staaten des subsaharischen Afrika darunter.

Maßnahmen Italiens: Da die Aufnahmekapazität der nur 20 Quadratkilometer großen Insel Lampedusa angesichts der unerwartet hohen Zahl von Boatpeople drastisch überschritten wurde, ordnete die italienische Regierung Ende März zunächst die schrittweise Überführung der Migranten in Aufnahmelager auf dem italienischen Festland an. Viele der Boatpeople haben diese jedoch verlassen und sich auf den Weg nach Norditalien gemacht, vor allem um in das benachbarte Frankreich einzureisen. Viele sprechen Französisch und verfügen in Frankreich über soziale Kontakte.

Am 7. April kündigte Innenminister Roberto Maroni (Lega Nord) die Ausstellung von befristeten Aufenthaltsgenehmigungen für die Bootsflüchtlinge an. Die aus „humanitären Gründen“ ausgestellten Genehmigungen sind für sechs Monate gültig, berechtigen jedoch nicht zur Inanspruchnahme von staatlichen Hilfsleistungen. Sie werden außerdem nur für jene Migranten ausgestellt, die vor dem 5. April in Italien ankamen. Boatpeople, die nach diesem Termin einreisen, sollen hingegen umgehend zurückgeschickt werden.

Die bereits begonnenen Rückführungen finden auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen Italien und der tunesischen Übergangsregierung statt, die bei einem Besuch des italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi (Forza Italia) und des Innenministers Maroni Anfang April in Tunis ausgehandelt wurde. Eine Aufnahme von Drittstaats-

Inhalt

Europa: Kontroverse über Umgang mit Boatpeople	1
Kurzmeldungen – Europa I	2
Deutschland: Islamkonferenz von Kontroversen überschattet	3
Kurzmeldungen – Deutschland	4
Deutschland: Öffnung des Arbeitsmarkts	5
Kurzmeldungen – Europa II	5
In der Diskussion:	
Zirkuläre und temporäre Wanderungsformen	6
Kurzmeldungen – Welt I	6
Internetangebot, Bewerbungsaufruf und Veranstaltungen	8
Zusätzlich auf www.migration-info.de:	
Deutschland: Gesetz gegen Zwangsehen	
UNHCR-Bericht: Rückgang der Asylbewerberzahlen	
Kurzmeldungen – Welt II	

Dieses Projekt
wird gefördert
durch die



angehörigen ist nicht Bestandteil der Vereinbarung.

Verschiedenen Medienberichten zufolge soll die italienische Regierung Tunesien einen Kredit von über 300 Mio. Euro versprochen haben. Diese Gelder sollen u. a. für die Modernisierung des Grenzschutzes in Tunesien verwendet werden.

Außerdem wolle die italienische Regierung mit der EU die Vergabe eines Kreditpakets von etwa 4 Mrd. Euro aushandeln. Italien werde sich zudem am Aufbau einer tunesischen Küstenwache beteiligen und verpflichtete sich, die Rückführungen nur in kleinen Gruppen zu vollziehen. Mit Beginn der Aufnahme der Rückführungen kam es zu Protesten von Flüchtlingen auf Lampedusa. Beobachter geben jedoch zu bedenken, dass die Zukunft der Vereinbarung angesichts der im Juli stattfindenden Wahlen in Tunesien ungewiss ist.

Reaktionen: Mehrere EU-Staaten kritisierten die Vergabe von temporären Aufenthaltsgenehmigungen als Bruch mit dem Schengen-Abkommen. Illegal eingereiste Migranten erhalten damit einen legalen Aufenthaltstitel und können in andere Schengen-Staaten weiterreisen. Dies sei ein Signal an potenzielle Einwanderer, dass Italien als Durchreiseland in die anderen EU-Staaten offenstehe, und verstärke den Anreiz, in Richtung Europa auszuwandern. Regierungsvertreter Deutschlands und Frankreichs warfen den italienischen Behörden vor, durch diese Maßnahme das Problem der illegalen Zuwanderung auf andere EU-Staaten zu verlagern.

Frankreich: Besonders verärgert zeigten sich Vertreter der französischen Regierung. Der französische Grenzschutz hat bereits die Kontrollmaßnahmen an der französisch-italienischen Grenze verschärft und hunderte Migranten zurückgewiesen. Frankreichs Innenminister Claude Guéant (UMP) unterstrich, dass die in Italien ausgestellten Aufenthaltsgenehmigungen keine Garantie für die Einreise nach Frankreich seien. Außerdem wies er die Verwaltungen an, die geltenden Schengen-Bestimmungen zum Nachweis ausreichender finanzieller Mittel möglichst strikt anzuwenden.

Bei einem Treffen der Amtskollegen Maroni und Guéant einigten sich beide Seiten schließlich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die illegale Zuwanderung auf dem Seeweg. Beide Länder werden demnach gemeinsam auf dem Meer sowie in der Luft im Rahmen der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex patrouillieren. Außerdem solle ein System entwickelt werden, wonach Inhaber der befristeten Aufenthaltsgenehmigungen vor Ablauf der Frist von sechs Monaten auf „freiwilliger Basis“ nach Tunesien zurückkehren sollen.

Deutschland: Der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium Ole Schröder (CDU) kündigte an, dass die Bundespolizei an der deutsch-österreichischen Grenze sowie auf Flughäfen der „jeweiligen Lage angepasst“ kontrollieren werde. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag Hans-Peter Uhl (CSU) forderte eine Überprüfung

Kurzmeldungen – Europa I

Urteil: Kruzifixe in italienischen Klassenzimmern

Kruzifixe in italienischen Klassenzimmern sind mit der Menschenrechtskonvention vereinbar. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wies am 18. März die Beschwerde einer Italienerin und ihrer zwei Söhne ab, die die Kreuze als Verstoß gegen das Recht auf Religionsfreiheit angesehen und dagegen geklagt hatten (Az. 30814/06). Kruzifixe in staatlichen Schulen gehörten zum Ermessensspielraum des italienischen Staates, heißt es in dem Urteil. Sie hätten eine lange Tradition und gehörten zur Kultur des Landes. Über die religiöse Bedeutung hinaus symbolisiere das Kruzifix die Werte und Prinzipien der westlichen Demokratie und Zivilisation, argumentierten die Richter. Die italienische Regierung hatte die Große Kammer des EGMR angerufen, nachdem die erste Instanz des EGMR der Klägerin 2009 noch Recht gegeben hatte. Die aktuelle Entscheidung der 17 Richter ist bindend. Auch in Deutschland gab es in den vergangenen Jahren diverse Prozesse wegen Kruzifixen in Klassenzimmern (vgl. MuB 5/10). Auf Deutschland hat die aktuelle Entscheidung des EGMR keine direkten Auswirkungen. www.echr.coe.int/echr/

Frankreich: Burkaverbot in Kraft getreten

In Frankreich ist das umstrittene Vollverschleierungsverbot am 11. April in Kraft getreten (vgl. MuB 5-7/10). Das Gesetz, nach dem das Tragen einer Burka oder eines Niqab in der Öffentlichkeit verboten ist, wurde im September 2010 vom französischen Senat verabschiedet. Bei Zuwiderhandlung drohen Geldstrafen in Höhe von 150 Euro sowie ein Eintrag in das polizeiliche Führungszeugnis. Auch kann betroffenen Frauen die Teilnahme an einem Schnellkurs zu Rechten und Pflichten französischer Staatsbürger auferlegt werden. Wenn eine Frau etwa durch ihren Ehepartner dazu gezwungen wird, einen Vollschleier in der Öffentlichkeit zu tragen, kann dieser mit bis zu einem Jahr Haft sowie einer Geldbuße von bis zu 30.000 Euro bestraft werden. Werden Minderjährige gezwungen, kann das Strafmaß bis zu zwei Jahre und 60.000 Euro betragen. www.interieur.gouv.fr

Bulgarien: Beschäftigung irregulärer Einwanderer verboten

Ende März hat die bulgarische Regierung beschlossen, die Beschäftigung von irregulären Einwanderern aus Nicht-EU-Staaten zu verbieten. Damit sollen illegale Beschäftigung und irreguläre Einwanderung verringert werden. Arbeitgeber, die irreguläre Einwanderer beschäftigen, müssen diese entlassen und ihnen eine Abfindung zahlen. Außerdem müssen sie für die Kosten der Abschiebung aufkommen. Im Jahr 2010 wurden in Bulgarien knapp 1.200 irreguläre Migranten aufgegriffen, vorwiegend an der türkisch-bulgarischen Grenze. Für die meisten von ihnen ist Bulgarien nur ein Transitland. www.government.bg

aller aus Italien einreisenden Flugpassagiere. Niedersachsens Innenminister Uwe Schönemann (CDU) sprach sich für das Einfrieren von EU-Geldern für

den italienischen Grenzschutz aus, falls Rom an der Ausstellung von temporären Aufenthaltserlaubnissen festhalte.

Am 8. April kündigte das Bundesinnenministerium an, insgesamt 100 nordafrikanische Boatpeople aufzunehmen, die sich in dem Inselstaat Malta aufhalten. Dies sei ein „deutliches Zeichen europäischer Solidarität“, so das BMI in einer Pressemitteilung. Innenminister Friedrich habe bereits Kontakt mit den Innenministerien der Bundesländer aufgenommen, um die interne Verteilung der Boatpeople zu organisieren. Bereits im Oktober 2010 nahm Deutschland 100 Afrikaner auf, die in Malta gelandet waren.

Im Hinblick auf Italien unterstrich Friedrich, dass es „sein Flüchtlingsproblem selbst regeln“ müsse. Die rund 23.000 bisher in Italien gelandeten Personen seien im Verhältnis zur italienischen Gesamtbevölkerung „kein Problem“.

Der SPD-Innenexperte Sebastian Edathy schlug vor, dass bei einer Verzögerung der Prüfung von Asylanträgen „die Personen entsprechend der Bevölkerungszahl und der bisherigen Flüchtlingsaufnahme auf die 27 Mitgliedsländer der EU verteilt werden“ sollten. Auch der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag Serkan Tören sprach sich für eine neue Lastenverteilung innerhalb der EU aus und warnte zugleich vor einer „Schotten-dicht-Politik“.

Die Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion Renate Künast und Grünen-Parteichefin Claudia Roth forderten eine temporäre Aufnahme der Nordafrikaner. Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, forderte die Einrichtung eines Verteilungsmechanismus, „der den Bedürfnissen der Flüchtlinge wie den Aufnahmekapazitäten der EU-Staaten gerecht wird“.

EU: Auf einem Treffen der EU-Innenminister am 11. April in Luxemburg kam es weder zu einer Einigung bei der Aufnahme der Boatpeople noch zur Einrichtung eines neuen Verteilungsmechanismus. Während sich einige Mitgliedsländer, darunter Deutschland, Schweden und die Tschechische Republik, zur Aufnahme von Boatpeople aus Malta bereit erklärten, wurde Italiens Forderung zur Umverteilung der Boatpeople abgelehnt.

Havarie mit Todesfolge: Anfang April kenterte ein mit etwa 300 Passagieren überlastetes libysches Fischerboot während eines Rettungsversuches durch ein Schiff der italienischen Küstenwache. Dabei konnten nur 53 Überlebende geborgen werden, etwa 250 Menschen ertranken, darunter viele Frauen und Kinder. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshochkommissariats handelte es sich bei den Opfern v. a. um Menschen aus Eritrea, Somalia, der Elfenbeinküste und anderen afrikanischen Staaten. Die Geretteten wurden nach Lampedusa gebracht und dort medizinisch versorgt. *sta*

Weitere Informationen:

www.proasyl.de, www.venro.org

Deutschland: Islamkonferenz von Kontroversen überschattet

Das diesjährige Treffen der Deutschen Islamkonferenz hat heftige Diskussionen entfacht. Äußerungen des neuen Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich über den Islam bei seiner Amtseinführung wurden ebenso kritisiert wie seine Vorstellungen einer Sicherheitspartnerschaft.

Im Kontext der Islamkonferenz forderte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) von den Muslimen in Deutschland eine hohe Wachsamkeit gegenüber dem islamistischen Terror. Auslöser für diese Aussage war das Attentat auf dem Frankfurter Flughafen vom 2. März, bei dem zwei US-Soldaten von einem als islamistisch eingestuften Kosovo-Albaner getötet wurden.

„Es ist wichtig, dass die gesamte Bevölkerung sensibel und wachsam ist für radikalisierte Einzeltäter. Bei solchen Anschlägen ist auch das Leben von Muslimen bedroht. Ich denke, es ist auch in ihrem Interesse, dass ihre Religion nicht missbraucht wird“, sagte Friedrich. Ihm gehe es um eine „Sicherheitspartnerschaft“, die er von jedem muslimischen Bürger einfordere. Wer Hinweise auf Anschlagpläne eine „Denunziation“ nenne, habe den Rechtsstaat nicht verstanden. Eine Sicherheitspartnerschaft solle dazu führen, dass in Vereinen, bei Predigten in der Moschee und Gesprächen über den Islam radikale Ansichten früh aufgedeckt würden. Friedrich will dazu einen „Präventionsgipfel“ unabhängig von der Islamkonferenz ins Leben rufen.

Reaktionen: Neun der 15 muslimischen Teilnehmer äußerten Zweifel, dass die Dialog- und Integrationsfunktion immer noch Hauptziel der Islamkonferenz sei. Einige Teilnehmer kritisierten Innenminister Friedrich bei der Konferenz scharf (vgl. MuB 3/11). Die Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Aydan Özoguz rief daraufhin die Muslime zum Boykott der Islamkonferenz auf. Die Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor schlug vor, die Konferenz „in dieser gegenwärtigen Form ad acta“ zu legen.

Die Sicherheitspartnerschaft fördere eine zweifelhafte und sehr bedenkliche Kultur des Denunziantentums unter den Muslimen und sei der Integration nicht förderlich, sagte die Islamwissenschaftlerin Armina Omerika. Die Muslime wollten sich nicht für die Sicherheitspolitik des Staates instrumentalisieren lassen. Der Präsident der Islamischen Kulturzentren Mustafa Imal kritisierte, die Konferenz betreibe reine Symbolpolitik.

Der Dialogbeauftragte der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib) Bekir Alboga hingegen stellte fest: „Die Kritik an Friedrich war sehr heftig, ihm wurde vorgeworfen, er instrumen-

talisieren die Islamkonferenz für seine CSU-Politik“, sagte Alboga. „Er hat aber sehr aufmerksam zugehört. So viel Geduld hat nicht jeder.“ Ali Ertan Toprak, Vizevorsitzender der Alevitischen Gemeinde Deutschland, äußerte sich verärgert über die Boykott-Forderungen: „Es ärgert mich, dass SPD und Grüne immer meinen, sie müssten in unserem Namen sprechen“, sagte Toprak.

„Die kritische Stellungnahme der unabhängigen muslimischen Mitglieder der Deutschen Islamkonferenz zeigt mir, dass der Dialogprozess unbedingt fortgesetzt werden muss“, sagte Bundesinnenminister Friedrich. Er wies allerdings Kritik von muslimischen Verbänden zurück, er habe die Islamkonferenz an den Rand des Scheiterns gebracht. Friedrich sagte, die Islamkonferenz sei „keine Sicherheitskonferenz“ und solle es auch nicht werden. Erstes Ziel der Islamkonferenz sei es, „einen breiten Dialog zwischen Staat und Muslimen zu pflegen“.

Ergebnisse: Die Ziele der diesjährigen Deutschen Islamkonferenz (DIK) waren: 1. Förderung des bundesweiten Austauschs zu Fragen des islamischen Religionsunterrichts. 2. Entwicklung eines Leitfadens für die landeskundliche und sprachliche Fortbildung von Imamen und weiteren Multiplikatoren islamischer Gemeinden auf kommunaler Ebene. 3. Einigung auf zentrale Phänomene und Definitionen im Präventionsbereich, um sich anschließend auf dieser Grundlage auf praktische Maßnahmen einigen zu können. Auf der Plenarsitzung der DIK berichtete die Bundesministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan (CDU), dass die Etablierung islamischer Theologie an deutschen Hochschulen im Aufbau sei (vgl. MuB 2/10). An vier deutschen Hochschulen werden zurzeit Lehrstühle aufgebaut (Tübingen, Münster/Osnabrück, Erlangen/Nürnberg und Frankfurt/Gießen). Zudem informierte der Präsident der Kultusministerkonferenz Bernd Althusmann (CDU) über Entwicklungen bei der Einführung islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen in den Ländern (vgl. MuB 3/11).

Der Leitfaden „Dialog – Öffnung – Vernetzung“ wurde bereits im letzten Jahr entwickelt. Er soll Kommunen, ihre Mitarbeiter und die islamischen Gemeinden für Fortbildungsprojekte gewinnen und sie bei deren Planung und Umsetzung unterstützen. Der Leitfaden beruht auf Erfahrungen von bereits laufenden Fortbildungsangeboten und auf der Befragung von Kommunen, islamischen Gemeinden und Verbänden sowie Wissenschaftlern.

Zum Thema Prävention hat die DIK die Arbeitsgruppe „Präventionsarbeit mit Jugendlichen“ eingerichtet, die sich einmal im Jahr trifft. Als erster Schritt wurde für die Phänomene Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen sowie Islamismus bzw. religiöser Extremismus ein gemeinsames Verständnis herausgearbeitet.

In den Jahren 2012 und 2013 wird sich die Islamkonferenz den Themen Geschlechtergerechtigkeit und Prävention zuwenden. Die nächste Islamkon-

Kurzmeldungen – Deutschland

Mehr Einwandererkinder in Kitas

Die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen ist 2010 leicht gestiegen. 48,9 % der noch nicht schulpflichtigen Kinder aus Familien mit ausländischen Wurzeln ging zum Stichtag 1. März 2010 in eine Kita oder zu Tageseltern (+2,2 % im Vergleich zu 2009), wie das Statistische Bundesamt Ende März mitteilte. Der Anteil der Kitakinder ohne Migrationshintergrund lag bei 61,7 % (+0,6 %). Besonders groß ist der Unterschied bei Kindern bis zwei Jahre: Mit 27,7 % gingen mehr als doppelt so viele Kinder ohne Migrationshintergrund (+2,9 %) in eine Kita als Einwandererkinder (12,2 %, +1,7 %). Bei den 3- bis 5-Jährigen ist der Unterschied weniger groß: 85,7 % zu 94,9 %. Wegen der Vorteile beim Spracherwerb forderte die Bundesregierung Migranten in der Vergangenheit wiederholt auf, ihre Kinder frühzeitig in den Kindergarten zu schicken. Bildungsforscher unterstützen diese Forderung (vgl. MuB 1/10).

www.destatis.de

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Die Bundesregierung hat Ende März den Entwurf des so genannten Anerkennungsgesetzes verabschiedet, das die Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse und Qualifikationen erheblich erleichtern soll (vgl. MuB 1/11, 9/10, 1/10). Als wichtigste Neuerung wird ein Anspruch auf individuelle Prüfung der Qualifikation für Ausländer aus allen Herkunftsländern eingeführt. Bisher hatten nur EU-Bürger darauf ein gesetzlich garantiertes Recht. Über die Bewertung der Qualifikation muss zukünftig innerhalb von drei Monaten entschieden werden. Allerdings gilt das Gesetz nur für vom Bund geregelt Berufe. Ingenieurs-, Architektur- und Erziehungsberufe werden beispielsweise von den Ländern geregelt. Diese haben aber zugesichert, in Kürze ebenfalls Vereinfachungen einzuführen (vgl. MuB 3/11). Die Bundesregierung schätzt, dass bis zu 300.000 Personen von der Neuregelung Gebrauch machen könnten. Bundestag und Bundesrat müssen der Gesetzesregelung noch zustimmen. www.bundesregierung.de

Berlin: Jeder fünfte Azubi hat Migrationshintergrund

20 % der 2010 neu eingestellten Auszubildenden der Berliner Verwaltung haben ausländische Wurzeln. Das teilte Integrationsministerin Carola Bluhm (Die Linke) Anfang April mit. Bei den Landesunternehmen liege die Quote jedoch erst bei 13 %. „Bis 2013 sollen 25 % der Auszubildenden in der Verwaltung und bei den landeseigenen Betrieben aus einer Einwandererfamilie stammen“, formulierte Bluhm das Ziel. Die Bezirksämter Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln haben sogar einen Migrantenanteil von 37,5 %. Insgesamt hat Berlin im vergangenen Jahr 1.785 Auszubildende neu eingestellt (vgl. MuB 5/09).

www.berlin.de/verwaltungsuehrer

ferenz wird Ende März 2012 stattfinden. *chw*

Weitere Informationen:

www.deutsche-islam-konferenz.de

Deutschland: Öffnung des Arbeitsmarkts

Am 1. Mai wird der deutsche Arbeitsmarkt vollständig für Bürger aus den acht mittel- und osteuropäischen Staaten geöffnet, die 2004 der EU beigetreten sind. Unternehmen hoffen, stark nachgefragte Fachkräfte aus diesen Ländern zu rekrutieren. Um einem möglichen Lohndumping entgegenzuwirken, wurden seit 2009 gesetzliche Mindestlöhne in einigen Branchen eingeführt.

Sieben Jahre nach dem Beitritt der acht neuen EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien und Ungarn hat sich die Sorge um eine massive Zuwanderung von Arbeitskräften aus diesen Ländern weitgehend gelegt. Deutschland hatte ab 2004 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Zugang zum Arbeitsmarkt für eine Übergangsfrist von bis zu sieben Jahren zu beschränken. Vor dem EU-Beitritt wurde prognostiziert, dass jährlich 160.000 bis 380.000 Personen aus den acht neuen Mitgliedstaaten zuwandern könnten, was zu steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen hätte führen können (vgl. MuB 3/06, 3/04).

Zuwanderungsprognosen: Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung sind von 2004 bis 2009 pro Jahr im Durchschnitt 250.000 Personen aus diesen neuen Mitgliedsländern in die restlichen EU-15-Staaten zugewandert. Da Deutschland und Österreich ihre Arbeitsmärkte nicht geöffnet hatten, sank der Anteil der Zuwanderer aus den acht neuen EU-Staaten, die in diese beiden Länder wanderten, zwischen 2004 und 2009 von 60 % auf 30 %. Über 60 % der Zuwanderer aus den acht neuen Mitgliedstaaten entfielen auf das Vereinigte Königreich und Irland.

Durch diesen Umlenkungseffekt und dadurch, dass viele Migrationswillige bereits in andere Länder ausgewandert waren, wurden die Prognosen für die Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten nach der Einführung der Freizügigkeit in Deutschland nach unten korrigiert. Die Bundesagentur für Arbeit schätzt, dass bis 2020 jährlich 100.000 bis 140.000 Arbeitskräfte aus diesen Ländern nach Deutschland zuwandern werden. Eine niedrigere Zahl erwartet der Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) Klaus Zimmermann, der diese Zuwanderung in den kommenden Jahren auf jährlich 50.000 bis 150.000 Personen schätzt.

Debatte: In der Diskussion über den Fachkräftemangel in Deutschland ist die Öffnung des Arbeitsmarkts häufig als mögliche Quelle zur Anwerbung von Fachkräften genannt worden (vgl. MuB 1/11). Laut einer Umfrage unter 84 Wirtschaftsprofessoren, die die zum Institut der deutschen Wirtschaft gehörende IW consult GmbH Ende Dezember 2010

Kurzmeldungen – Europa II

EU-Kommission: Strategie für Roma-Integration
Anfang April hat die EU-Kommission eine EU-weite Strategie zur besseren Integration der 10-12 Mio. Roma in Europa vorgelegt. Die Strategie enthält vier Hauptziele: Alle Roma-Kinder sollen mindestens einen Grundschulabschluss erwerben (derzeit: rund 42 %). Die Beschäftigungsquote der Roma soll an die der restlichen Bevölkerung angenähert werden. Sie ist in vier Ländern mit großer Roma-Bevölkerung (Bulgarien, Tschechische Republik, Rumänien und Serbien) bis zu 26 Prozentpunkte niedriger. Außerdem soll die Kindersterblichkeit verringert werden, sie liegt in den vier Ländern 2- bis 6-mal höher als die der restlichen Bevölkerung. Auch der Zugang der Roma zu Wohnraum und zur Wasser- und Stromversorgung soll verbessert werden. Bis Ende 2011 müssen die Mitgliedstaaten nationale Strategien vorlegen, wie sie diese Ziele erreichen wollen. <http://europa.eu>

EU: Demographische Entwicklung

EU-Bürger werden immer älter, mobiler und gesünder. Dies geht aus dem dritten Demographie-Bericht von Eurostat und der Europäischen Kommission hervor, der am 1. April vorgestellt wurde. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau in den 27 EU-Ländern liegt bei 1,6 Kindern, in Deutschland ist sie mit durchschnittlich 1,36 Kindern pro Frau weit unter dem europäischen Durchschnitt. Lettland (1,31) liegt am unteren, Irland (2,07) am oberen Ende der Skala. Sowohl das Durchschnittsalter der Bevölkerung (44,2 Jahre, EU-Durchschnitt: 40,6 Jahre) als auch der Anteil der Personen über 65 Jahre in Deutschland (20,7 %, EU: 17,4 %) liegen im EU-Vergleich an der Spitze.

In der EU wird der Bevölkerungsrückgang durch die Neuzuwanderung von 1 bis 2 Mio. Nicht-EU-Bürgern pro Jahr ausgeglichen. Bis 2060 werde sich der Anteil von Migranten und deren Nachkommen etwa verdoppeln. Zum 1. Januar 2009 lebten etwa 19,8 Mio. Drittstaatsangehörige in den 27 EU-Staaten, dies entspricht 4 % der EU-Gesamtbevölkerung.

<http://ec.europa.eu>

Niederlande: Integrationstest wird verschärft

Die niederländische Regierung aus Christdemokraten und Konservativen hat Anfang April fast einstimmig beschlossen, den obligatorischen Integrationstest für Nicht-EU-Ausländer zu verschärfen (vgl. MuB 9/07). Der Grund: Teilweise könnten sich Ausländer, die den Test bestanden hatten, dennoch nicht ausreichend auf Niederländisch verständigen.

Ab sofort müssen Einwanderer 26 von 80 Punkten im Sprachtest erreichen, zuvor waren nur 16 Punkte erforderlich. Auch sollen zusätzlich die Lese- und Schreibfähigkeiten abgefragt werden. Die Regierung, aber auch die sozialdemokratische Opposition argumentieren, dass sich Einwanderer durch die strengeren Anforderungen besser in den Niederlanden integrieren würden.

erstellt hat, erwarten etwa 19 % der Experten, dass Akademiker in hohem oder eher hohem Maße unter

den zu erwartenden Zuwanderern sein werden. Ungefähr 30 % der Experten sind der Meinung, dass Facharbeiter mit abgeschlossener Berufsausbildung in hohem oder eher hohem Maße unter den Zuwanderern sein werden. Von Geringqualifizierten erwarten dies knapp 48 %. Fast 70 % der Befragten waren der Meinung, dass die vollständige Freizügigkeit sich positiv auf die Möglichkeit auswirken werde, Fachkräfte zu rekrutieren.

Dies bezweifeln andere Experten, wie Klaus Zimmermann vom IZA. Er sagte, Deutschland habe es „generell vernachlässigt, sich als attraktives Zielland darzustellen“. Er wies darauf hin, dass Fachkräfte und Hochqualifizierte anderswo attraktivere Perspektiven hätten. Deutschland habe es vor allem versäumt, ein „glaubwürdig nach außen vertretenes Zuwanderungs- und Integrationsprogramm“ aufzustellen.

Maßnahmen: Der Befürchtung, dass billige Arbeitskräfte aus den acht neuen Mitgliedstaaten die Löhne in bestimmten Branchen drücken könnten, wurde in den vergangenen Jahren mit der Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen in potenziell betroffenen Branchen entgegengetreten. Für das Bau- und das Reinigungsgewerbe wurde 2009 das Arbeitnehmerentsendegesetz (BGBl. I S. 799) verabschiedet, das Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen sowie Mindestlöhne vorschreibt. Es gilt auch für ausländische Firmen, die Arbeitnehmer nach Deutschland entsenden. Ende März 2011 wurde vom Bundestag in Vorbereitung der Öffnung der Arbeitsmärkte ein Mindestlohn für Beschäftigte von Zeitarbeitsfirmen verabschiedet, der auch für ausländische Firmen verbindlich ist (BT-Drs. 17/4804). Es war befürchtet worden, Arbeitnehmer aus Osteuropa könnten von Zeitarbeitsfirmen in ihren Herkunftsländern angeworben und in Deutschland zu den Löhnen ihres Heimatlandes eingesetzt werden. Dies soll durch das neue Gesetz verhindert werden. *bb*
Weitere Informationen:

www.migration-online.de, library.fes.de/pdf-files/wiso/07445.pdf, www.iwconsult.de, www.bundestag.de/dokumente/analysen/2011/arbeitnehmerfreizuegigkeit_nach_der_osterweiterung.pdf

In der Diskussion: Zirkuläre und temporäre Wanderungsformen

Zirkuläre und temporäre Migration werden in der EU verstärkt diskutiert. Dabei ergeben sich eine Reihe von Fragen, die Gegenstand von zwei aktuellen Veröffentlichungen sind: Was steckt hinter dem Interesse an zirkulärer Migration und welches Ausmaß haben solche Wanderungsformen? Was sind die Vorteile für die Herkunfts- und Zielländer?

Ein aktuelles Arbeitspapier des European Policy Centre (EPC), einer in Brüssel ansässigen Denkfabrik, fasst Ergebnisse und Empfehlungen eines im Rahmen des EU-Projektes „Well-being 2030“ eingerichteten Expertengremiums zusammen. Die Arbeitsgruppe untersuchte Politiken für temporäre und zirkuläre Migration vor dem Hintergrund der Sicherung der Wirtschafts- und Sozialmodelle in den alternden europäischen Gesellschaften. Eine weitere Studie „Zirkuläre und temporäre Migration. Empirische Erkenntnisse, politische Praxis und zukünftige Optionen in Deutschland“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) liefert Erkenntnisse über Rahmenbedingungen und Ausmaß dieser Migrationsformen in der Bundesrepublik.

Zirkuläre Migration: Ein beträchtlicher Teil der grenzüberschreitenden Wanderungsbewegungen mündet nicht in dauerhafter Niederlassung im Ziel-

Kurzmeldungen – Welt I

Mexiko: Flucht vor Gewalt der Drogenkartelle

Die anhaltende Gewalt in den nördlichen Bundesstaaten Mexikos (vgl. MuB 7/10, 8/09) zwingt immer mehr Mexikaner, ihre Heimatregion zu verlassen. Dies geht aus einem Bericht des in Genf ansässigen „Internal Displacement Monitoring Center“ (IDMC) hervor, demzufolge rund 230.000 Mexikaner aufgrund der gewalttätigen Auseinandersetzungen ihre Wohnorte verlassen haben. Etwa die Hälfte von ihnen hat sich in den benachbarten USA angesiedelt, die andere Hälfte sucht Schutz in anderen Regionen Mexikos. Besonders betroffen von der Abwanderung sind die nördlichen Bundesstaaten, aber auch Regionen im Westen und Süden des Landes. Hintergrund der Gewalt ist der von Präsident Felipe Calderón (PAN) ausgerufene „Krieg gegen die Drogenmafia“, in dem Polizei und Militär gegen die Kartelle vorgehen, aber auch die Kartelle untereinander um die Vorherrschaft in bestimmten Gebieten kämpfen. Zunehmend werden auch Zivilisten Opfer der Gewalt. Allein im Jahr 2010 starben mehr als 15.000 Menschen im so genannten Drogenkrieg. www.icem.org

USA: Mehr Amerikaner hispanischer Abstammung

Die hispanische Bevölkerung der USA ist mit 50,5 Mio. Personen größer als erwartet. Dies geht aus den Daten des Zensus 2010 hervor, dessen Teilergebnisse Ende März vorgestellt wurden. Demnach trugen Hispanoamerikaner zwischen 2000 und 2010 zu mehr als der Hälfte des Bevölkerungswachstums in den USA bei (15,2 Mio. von 27,3 Mio.). Inzwischen ist etwa jeder sechste US-Amerikaner hispanischer Herkunft. Außerdem hat etwa jedes vierte Kind hispanoamerikanische Wurzeln. In 40 von 50 Bundesstaaten übertraf der Anstieg der hispanoamerikanischen Bevölkerung die bisherigen Vorausschätzungen des Census Bureau. Besonders stark war der Anstieg in den Südstaaten, so etwa in Alabama, Louisiana und North Carolina. Diese Staaten galten bislang nicht als Siedlungsgebiete von Hispanoamerikanern. www.census.gov

land. Manche Migranten kehren nach einer bestimmten Zeit in ihr Herkunftsland zurück, andere wandern in ein Drittland weiter oder „pendeln“ (z. B. saisonal) für jeweils kürzere Aufenthalte zwischen zwei Staaten. Die Grenzen zwischen „temporären“, „zirkulären“ und „saisonalen“ Wanderungsformen sind somit fließend.

Wenn man von zirkulärer Migration spricht, ist zunächst zu unterscheiden, ob es sich dabei um die Analyse bestehender Wanderungsmuster handelt oder ob es um politische Programme und Strategien im Rahmen der Migrationssteuerung geht. Beide Studien machen diese grundlegende Unterscheidung und weisen auf die Politikansätze der EU hin, wie sie etwa im 2008 angenommenen „Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl“ enthalten sind (vgl. MuB 9/08). Hier wird neben dem potenziellen Mehrwert für die Zielländer, etwa die Deckung ihres Arbeitskräftebedarfs, auch auf entwicklungsfördernde Aspekte für die Herkunftsländer eingegangen.

Ergebnisse: Die Experten des European Policy Centre empfehlen, Saisonarbeitskräfte nur nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anzuwerben. Dabei seien die Regelungen so zu gestalten, dass einerseits die Rückkehr der Arbeiter sichergestellt und andererseits Arbeitsausbeutung oder überhöhte Vermittlungsgebühren verhindert werden. Die (temporäre) Rückkehr zirkulärer Migranten wird nicht zuletzt vor dem Hintergrund des erwünschten Wissensaustauschs („brain circulation“) als wichtig erachtet. Dabei könnten Visa zur Mehrfacheinreise ausgestellt sowie Ansparpläne mit attraktiven Zinssätzen eingeführt werden, deren Freigabe jedoch erst bei Rückkehr erfolgt. Betont wird auch die potenzielle Rolle von Zeitarbeitsfirmen bei der Organisation solcher Programme. Hinsichtlich der Folgen für die Herkunftsländer werde jedoch deutlich, dass bislang wenig Erkenntnisse über entwicklungsfördernde Effekte zirkulärer Migration vorhanden sind. Das Expertengremium empfiehlt, bestehende Programme hinsichtlich ihres entwicklungspolitischen Potenzials zu evaluieren und nach Mechanismen zu suchen, mit denen die Abwanderung von Eliten („Brain drain“) verhindert oder kompensiert werden kann. Als vielversprechend bewerten die Experten, den rechtlichen Rahmen so anzupassen, dass auch Zuwanderer mit längerer oder dauerhafter Aufenthaltsperspektive sowie die zweite und dritte Migrantengeneration in den Zielländern nicht von einer zeitweisen Rückkehr in ihr Herkunftsland abgehalten werden.

Zirkuläre Migranten in Deutschland: Die Studie des BAMF kommt zu dem Ergebnis, dass die in Deutschland lebenden Ausländer zu einem nicht unerheblichen Teil als zirkuläre Migranten betrachtet werden können. Die Autoren werteten Stichtagsdaten des Ausländerzentralregisters (AZR) aus. Diese zeigen, dass 10,7 % der knapp 4,3 Mio. Nicht-

EU-Ausländer (Stichtag 30. Juni 2010) bereits mindestens einmal aus Deutschland fort- und danach erneut zugezogen sind. Den höchsten Grad an Zirkularität weisen dabei Arbeitsmigranten auf (21,7 %). Dagegen wandern etwa Personen, die zur Familienzusammenführung gekommen sind, in geringerem Maße zirkulär (10,8 %). Da sich die Untersuchung des BAMF auf Ausländer aus Nicht-EU-Staaten beschränkt, enthält sie keine Daten über die Mobilität von EU-Ausländern.

Gestaltungsoptionen: Im Hinblick auf temporäre Aufenthalte in den Bereichen Saisonbeschäftigung, Werkvertrags- und Gastarbeitnehmer gibt es bereits verschiedene Instrumentarien. Mit jährlich rund 300.000 Genehmigungen und etwa 27.000 Arbeitgebern verfügt Deutschland z. B. über die größte Zahl an Saisonarbeitnehmern in Europa. Bislang ist das Programm jedoch auf europäische Herkunftsländer und nur wenige Sektoren (v. a. in der Landwirtschaft) beschränkt. Die meisten Saisonkräfte kommen zudem aus Staaten, für die Freizügigkeitsbeschränkungen mittlerweile entfallen sind (siehe auch S. 5).

Die EPC-Studie zeigt Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Systems zur Saisonbeschäftigung auf, etwa durch die Schaffung von Beratungsstellen, Fortbildungsangeboten, verpflichtende Sparpläne sowie Abkommen zur Übernahme der Transportkosten. Die BAMF-Studie stellt fest, dass jenseits von Saisonarbeit zirkuläre Migration in Deutschland zwar grundsätzlich ermöglicht, aber allenfalls indirekt gefördert wird. Erst in den letzten Jahren sind einzelne Rechtsvorschriften so verändert worden, dass sie zirkuläre Wanderungen begünstigen, zum Beispiel, was das Erlöschen von Aufenthaltstiteln nach der Ausreise aus Deutschland betrifft.

Normalerweise darf sich ein hier lebender Ausländer für höchstens sechs Monate außerhalb der Bundesrepublik aufhalten, um seinen Aufenthaltsstatus nicht zu verlieren. Nach dem Aufenthaltsgesetz wird Personen mit einer Niederlassungserlaubnis in der Regel eine längere Frist gewährt, wenn nur eine zeitweise Ausreise (z. B. für ein Studium) geplant ist. Wenn der Auslandsaufenthalt hingegen den Interessen der Bundesrepublik dient, kann auch Ausländern mit befristeter Aufenthaltserlaubnis ein Auslandsaufenthalt von bis zu zwei Jahren eingeräumt werden. Die Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz sieht dazu neuerdings vor, dass Letzteres etwa der Fall ist, wenn ein Ausländer als Entwicklungshelfer arbeitet oder Geschäftsbeziehungen fördert, die entwicklungspolitischen Zielen dienen.

Ob zirkuläre Migration darüber hinaus durch spezielle Programme oder die Schaffung allgemeiner Anreize gefördert werden sollte, ist in Deutschland bislang nicht eindeutig geklärt. Die beiden Studien thematisieren jedoch verschiedene Faktoren, durch die diese Wanderungen erleichtert werden können. Da-

zu gehören die Einführung von Mehrfacheinreisevisa bzw. –aufenthaltstiteln sowie die Möglichkeit, im Zielland erworbene Rentenansprüche ins Herkunftsland mitzunehmen. Auch eine erleichterte Einbürgerung bzw. Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit sowie der Ausbau von Mobilitätspartnerschaften und bilateralen Abkommen mit Drittstaaten können in Betracht gezogen werden. *js*

Studien: Sheena McLoughlin/Rainer Münz: **Temporary and Circular Migration: Opportunities and Challenges**. Working Paper No.35. European Policy Centre, Download: www.epc.eu

Jan Schneider/Bernd Parusel: **Zirkuläre und temporäre Migration. Empirische Erkenntnisse, politische Praxis und zukünftige Optionen in Deutschland**. Working Paper 35. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Download: www.bamf.de

Internetangebot, Bewerbungsaufwurf und Veranstaltungen

Neue Themenseite der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)



Unter **Europa kontrovers**

hat die bpb eine neue Materialsammlung zum Thema **Demografie** zusammengestellt. Sie enthält u. a. Standpunkte von Paul Gans (Universität Mannheim) und Ansgar Schmitz-Veltin (Statistisches Amt Stuttgart), Steffen Kröhnert (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung), Gerd Bosbach (Fachhochschule Koblenz) und Klaus Bingler (Journalist) sowie Thusnelda Tivig (Universität Rostock). www.bpb.de/themen/PKE1EY,0,0,Demografie.html

Bewerbungsaufwurf

Deutsch-Französisch-Türkische Sommerschule Migration im Museum: (Inter-)Kulturelle Bildung und kulturelle Vielfalt

Veranstalter: Netzwerk Migration in Europa e. V. in Zusammenarbeit mit: Universität Köln, Museumsdienst der Stadt Köln, Génériques, Deutsches Historisches Institut, Universität Toulouse, Musée des civilisations de l'Europe et de la Méditerranée, Bosphorus Universität, History Foundation

Datum/Ort: 5.-14. September in Köln, 15.-22. September in Paris, 2. Novemberhälfte in Istanbul

Zielgruppe: Studierende in fortgeschrittenen Semestern (auch Doktoranden) der Fachrichtungen Sozial-, Geschichts- und Kulturwiss. (Museumskunde, Geschichte, Soziologie, Kulturanthropologie/Ethnologie, Politikwiss., Migrationsforschung, Erziehungswiss., Kunstgeschichte, Architektur etc.). Die Bewerber müssen an einer Universität in Frankreich, Deutschland oder der Türkei immatrikuliert sein.

Bewerbungsfrist: bis 23. Mai 2011, www.network-migration.org/summerschool2011

Fachtagung

Handeln oder Abwarten? Der Nexus Migration und Klimawandel in der Diskussion

Veranstalter: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Datum / Ort: 12. Mai 2011, Nürnberg

Inhalt: Ziel der Fachtagung ist es, aktuelle Erkenntnisse zum Zusammenhang von Migration und Umweltveränderung vorzustellen und den Versuch zu unternehmen, das Phänomen der klimafolgeninduzierten Migration quantitativ besser fassbar zu machen. Ausmaß und Folgen von Klimamigration sollen realistisch abgebildet und mit aktuellen Wahrnehmungen und Darstellungen von klimabedingter Migration konfrontiert werden.

Kontakt: Susan Bibernell, Tel.: 0911 943 4825

Informationen: www.bamf.de

Tagung

Migration, Partizipation und Stadtentwicklung. Eine besondere Herausforderung für die Stadtstaaten?

Veranstalter: Profilverbund Migremus (Universität Bremen) in Kooperation mit der Senatorin für Arbeit, Gesundheit, Jugend, Frauen und Soziales Bremen und mit dem Bremer Rat für Integration

Datum/ Ort: 26. Mai 2011, Haus der Wissenschaft, Sandstraße 4/5, 28195 Bremen

Tagung: Die Tagung versteht sich als Kommunikationsplattform für einen Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis.

Anmeldung: bis 20. Mai 2011 unter Tel.: 0421-21867043 (Sekretariat Prof. Hillmann) oder per E-Mail: carstensen.egwuom@uni-bremen.de

Informationen: www.migremus.uni-bremen.de/conferences/migrationparticipation.html

Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 (0)30 4563173, E-Mail: mub@migration-info.de; ISSN: 1435-7194

Redaktion: Marcus Engler & Antje Scheidler (verantw.), Stefan Alscher, Barbara Bills, Thomas Hummitzsch, Ulrike Pape, Jan Schneider, Anne Stalfort, Christoph Wöhrle

Redaktionsschluss: 14.4.2011 **Bestellung:** www.migration-info.de/mub_abo.php

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb wieder.